



Autonome Gewerkschaftsorganisation der örtlichen Körperschaften - Südtirol
Organizzazione Sindacale Autonoma degli enti locali - Sudtirolo
Organisaziun Sindacala autonoma di enc local - Südtirol
Independent Union of local units employees - South Tyrol

Jahrgang 4, Ausgabe 15

August 2004

Tariffa Associazioni Senza Fini di Lucro: „Poste Italiane s.p.a.“ - Spedizione in A. P.
D. L. 353/2003 (conv. in L. 27/02/2004 n° 46) art. 1, comma 2, DCB Bolzano

Erscheint trimestral

Sprachrohr
der Gemeindebediensteten,
der Bediensteten der Altersheime
und Bezirksgemeinschaften

In dieser Ausgabe

- Massentäuschungswaffen
- MOBBING
- Gemeindebedienstete zum Land
- Wenn's Licht ausgeht
- **Gute Gründe bei der AGO zu sein - Für Nicht- Mitglieder reserviert!**
- Familiengeld 2004 - 2005

INFO

In caso di mancato recapito
inviare al CPO di 39100 Bolzano per la restituzione

Virgilstraße, 9 - 39100 Bozen

Tel. 33 55 31 27 97 - 0471/27 90 16 Fax 0471/27 10 56 – 0474/94 67 10

www.ago-bz.org E-mail: info@ago-bz.org St. Nr. 94062140218

Ansprechpartner für Eure Bemühungen oder Sorgen sind folgende Kolleginnen und Kollegen, die in Eurem Einzugsgebiet unmittelbar zuständig sind und umgehend und unbürokratisch auf Eure Fragen eingehen können:

Robert Holzer - AGO-Sekretariat

Tel. 335 5312797, 0471 279016, Fax 0471 271056

Reinhard Verdroß - AGO-Landesobmann - Tel. 0473 66 71 24

<i>Gemeinde Leifers:</i>	Walter Casotti	Tel. 0471 / 95 41 22
<i>BZG Überetsch/Unterland:</i>	Cristina Joppi -	Tel. 0471 / 82 64 00
<i>Gemeinde Kaltern:</i>	Thomas Medici -	Tel. 0471 / 96 88 55
<i>Gemeinde Eppan:</i>	Robert Romen	Tel. 0471 / 66 75 11
<i>Gemeinde Sarnthal:</i>	Sepp Stuefer	Tel. 0471 / 62 31 21
<i>Altersheim St. Martin i.P.:</i>	Johanna Oberprantacher Eschgfäller	Tel. 0473 / 52 31 12
<i>GemeindeTirol.:</i>	Albert Gögele	Tel. 0473 / 65 6113
<i>Gemeinde Schluderns:</i>	Christian Obwegeser -	Tel. 347/2316772
<i>Gemeinde Ritten:</i>	Barbara Fraccaro Perini	Tel. 0471 / 35 61 32
	Elmar Vigl	Tel. 0471 / 35 61 32
<i>Gemeinde Kastelruth:</i>	Dieter Tröbinger	Tel. 0471 / 71 15 24
<i>Gemeinde Natz/Schabs:</i>	Andreas Unterkircher	Tel. 335/69 02 375
<i>BZG Eisacktal:</i>	Sigi Rauter	Tel. 0472 / 83 42 00
	Helmuth Sigmund	Tel. 0472 / 83 42 00
<i>Gemeinde Sterzing:</i>	Dott. Cristiana Vai	Tel. 0472 /
<i>BZG Pustertal:</i>	Erika Oberstaller	Tel. 0474 / 50 40 97
<i>Gemeinde Bruneck:</i>	Verena Obwegs	Tel. 0474 / 54 52 71
<i>Gemeinde Sand i.T.:</i>	Sonia Tisot	Tel. 0474 / 67 75 55
<i>Gemeinde Innichen:</i>	Johann Mayr	Tel. 0474 / 91 31 32

Für Patronatsfragen stehen Euch folgende Kollegen des KVV zur

<i>Bozen:</i>	Frau Dr. Elisabeth Scherlin	Tel. 0471 97 86 77
<i>Neumarkt:</i>	Herr Markus Stolz	Tel. 0471 82 03 46
<i>Brixen:</i>	Herr Andreas Kohlhaupt	Tel. 0472 83 65 65
<i>Sterzing:</i>	Frau Hannelore Reichhalter	Tel. 0472 76 54 18
<i>Bruneck:</i>	Herr Werner Ellemunter	Tel. 0474 41 12 52
<i>Meran:</i>	Frau Annie Ladurner	Tel. 0473 22 03 81
<i>Schlanders:</i>	Frau Christine Stieger	Tel. 0473 73 00 95
<i>Mals:</i>	Herr Roland Pircher	Tel. 0473 83 06 45

IMPRESSUM

AGO-Info erscheint trimestral

Redaktion: Robert Holzer, Reinhard Verdroß / Verantwortlicher Direktor: Andreas Franzelin

Registrierung: Gericht Bozen Nr. 1/2000 v. 16.02.2000

Druckerei: Ingraf, Auer

Auflage dieser Nr. 1000

Es wird eigens darauf aufmerksam gemacht, dass sämtliche Bezeichnungen (z.B. GewerkschafterIn, Bedienstete) sich ohne jeden Unterschied auf Personen sowohl weiblichen als auch männlichen Geschlechts beziehen.

Massentäuschungswaffen



Jetzt reicht's mit nicht eingehaltenen Versprechen, betrügerischen Politikern und Programmen!

Wir müssen uns organisieren, um unsere PolitikerInnen zu zwingen, ihre Versprechen einzuhalten und ehrlich zu handeln.

Im Irak ging es um Massenvernichtungswaffen. Solche wurden nicht gefunden. Statt dessen wurden Massentäuschungswaffen gefunden.

Bush-Blair-Beobachter haben zum Thema irakische Massenvernichtungswaffen mindestens 29 Lügen gezählt. In Fragen des Irak-Krieges traut die Mehrheit der Briten Blair trotz aller Weißwaschberichte nicht mehr.

Wird Täuschung eine normale Praxis?

Es gibt noch andere Beispiele. Auf einem Gipfel der G-7-Staats- und Regierungschefs vor einigen Jahren in Köln verpflichteten sich diese, 100 Milliarden \$ der Schulden der ärmsten Länder zu streichen. Bisher haben lediglich sechs von 42 Ländern im Rahmen der HIPC Initiative Schuldennachlässe erhalten. Doch diese Länder benötigen einen völligen Schuldenerlass, wenn sie eine Chance haben sollen, die Millennium-

Entwicklungsziele für 2015 zu erreichen.

Im Jahre 2000 haben die Staats- und Regierungschefs der Welt sich und ihre Länder auf dem Millenniums-gipfel der UNO auf ein lebenswichtiges globales Programm verpflichtet. In der Millenniumserklärung und vielen anderen allgemein anerkannten Verträgen und Erklärungen haben sich fast alle Regierungen zu nachdrücklichen Anstrengungen verpflichtet, die Geißel des Krieges zu beseitigen, die krasse Armut und den Hunger zu verringern, die globale Umwelt zu stabilisieren und die Grundrechte aller zu gewährleisten.

Und was ist daraus geworden?

In einem Bericht an das Weltwirtschaftsforum 2004 nahm die *Global Governance Initiative* eine Beurteilung dessen vor, welche Fortschritte die Internationale Staatengemeinschaft gemacht hat und ob die Anstrengungen den wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Die Antwort ist klar: nein.

Die Beurteilungen werden in Form einer Zahlenskala von null bis zehn vorgenommen. Eine Fünf bedeutet, dass die Welt ungefähr die Hälfte dessen tut, was sie 2003 hätte tun sollen, wenn sie das Ziel ernsthaft angestrebt hätte. In keinem der angeführten Punkte wurde dieser Durchschnitt erreicht:

- Frieden und Sicherheit - 3
- Armut - 4
- Hunger - 3
- Bildungsarbeit - 3
- Gesundheit - 4

- Umwelt - 3
- Menschenrechte - 3

Da es an unverzüglichen politischer Aktion auf allen Ebenen und radikaler Reform auf globaler Ebene mangelt, führt die gegenwärtige Globalisierung zu einer zwischen Reichen und Armen zutiefst gespaltenen Welt, Zonen des Friedens und Zonen des Krieges. Eine schlecht beherrschte Globalisierung bringt starke Unordnung und Unzufriedenheit mit sich und leistet extremistische Einstellungen, neuen Konflikten und ständig wachsender Unsicherheit Vorschub.

Und auf dem Weltsozialforum in Mumbai erklärten Menschen, dass eine andere Welt möglich ist, solange der politische Wille besteht. Wie kann dieser politische Wille geschaffen werden?

In den USA geben Gewerkschaften Millionen von Dollar aus, um eine Wiederwahl von Bush zu verhindern. Doch Robert Reich, der in der Clinton-Regierung Arbeitsminister war, schreibt in der New York Times vom 29. Januar: *„Der wirkliche Kampf (in der Demokratischen Partei) findet statt zwischen denen, die nur das Weiße Haus zurückerobern wollen, und denen, die auch eine neue politische Bewegung schaffen wollen - eine, die gegen die konservative Bewegung steht, die den Republikanern ihre vorherrschende Stellung in der amerikanischen Politik gegeben hat.“*

Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 schlägt die Partei der Europäischen Sozialisten (PES) ein Programm für die nationale, europäische

und globale Entscheidungsebene vor, um die Globalisierung durch eine bessere Politik, bessere Instrumente, koordinierte Aktion und eine fundamentale Änderung der globalen Regierungsführung zu reformieren. Sie haben eine neue Initiative, das *Global Progressive Forum*, gegründet, das ein Diskussions- und Aktionszentrum für alle fortschrittlichen Kräfte sein will. Sie hoffen, einen Beitrag zur Bildung von globalen Bündnissen zu leisten, die stark und einflussreich genug sind, um die Globalisierung so umzugestalten, dass sie dem öffentlichen Interesse dient und die Mittel zur Schaffung einer nachhaltigen Welt liefert, in der jeder Mensch eine hohe Lebensqualität hat und seine Menschenwürde geachtet wird.

Noch mehr Rhetorik? Noch mehr leere Wahlversprechen, um AktivistInnen ruhig zu stellen? Es liegt an der Gewerkschaftsbewegung, die PES und andere „vielversprechende PolitikerInnen“ dazu zu bringen, ihre Versprechen einzuhalten.

Hans Engelberts

Ich bedanke mich für das zur Verfügung stellen des Leitartikels vom Generalsekretär der IÖD, Hans Engelberts, welcher im „Focus“ Nr. 1/04 - dem Sprachrohr der IÖD - erschienen ist.

Hans Engelberts war Hauptreferent des 2. Landeskongresses der AGO

AGO-Landesobmann

Reinhard Verdross

Mobbing

42% Mobbingopfer

Über 42% der öffentlichen Bediensteten sind Opfer von Mobbing. Am meisten davon betroffen sind die Bediensteten über 50.

Diese Daten haben Alarm in den oberen Etagen der Personalverantwortlichen ausgelöst. Diese Erhebung stammt nicht etwa von der Gewerkschaft, sondern diese Daten wurde von der ISPA - Istituto Superiore di Psicologia Applicata - im Rahmen einer Konferenz zum Thema Mobbing präsentiert.

Wer dachte, dass dieses Phänomen nur Arbeiter der unteren Gehaltsebenen beträfe, der irrt - und das gewaltig. Es sind vor allem die Bediensteten mit Führungsauftrag und Akademiker mit einem Alter über 50. Dies trifft aber nur für die öffentliche Verwaltung zu, wo 42% der Bediensteten von den eigenen Vorgesetzten unter Druck gesetzt werden. Diese Tatsache wird auch in großen Unternehmen mit 17,7% festgestellt, während in den Kleinbetrieben und bei den Freiberuflern wenig Bedienstete von diesem Psycho-Krieg betroffen sind.

Dieses Phänomen wird nicht zufällig im öffentlichen Sektor beobachtet. Gerade die Reform des Öffentlichen Dienstes

und die Änderungen in der Führungsebene hat das Arbeitsklima kontinuierlich verschlechtert u. zw. trifft es fast einen Bediensteten auf zwei.

Aus der Erhebung ist zu entnehmen, dass mehr als 42% der öffentlichen Bediensteten behaupten, mindestens einmal Mobbingopfer gewesen zu sein. Diese gaben aber keine genaueren Gründe oder Symptome angeführt.

Über 30% gaben aber Angstzustände, Depression und Aggressivität als Folge der andauernden Schikane auf dem Arbeitsplatz an.

Es sind also vor allem jene Bediensteten, die eine mittlere bis höhere Ausbildung genossen haben. Das Alter der Betroffenen ist selten unter 40 und in der Regel über 50.

Die wesentlichen Gründe, welche sich auf das Arbeitsklima negativ auswirken, sind:

- Unbestimmte Aufgabenzuteilung;
- Das Chaos durch die schnell durchgeführten Reformen;
- Der übermäßige Druck durch die Wettbewerbsfähigkeit;
- und am meisten, das Gefühl, unter Druck arbeiten zu müssen, anstatt auf Sicherheit;

Gemeindepersonal zum Land - Protestschreiben

Mit einem Protestschreiben hat sich die AGO beim Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes über die Vorgangsweise bei dem Übergang des Reinigungspersonals an das Land beschwert.

Der Landesobmann der AGO, Reinhard Verdroß, meinte in einer Presseausendung, dass die Gewerkschaft nur rein zufällig durch ein Rundschreiben des Gemeindenverbandes über die Entscheidung der Landesregierung informiert wurde, die Reinigungskräfte der Grundschulen - die derzeit Gemeindebedienstete sind - bereits mit 1. Jänner 05 in den Landesdienst zu stellen.

Verdroß meinte, dass hier die Politik mit dem Brecheisen Personalprobleme löse. „Man kennt offensichtlich das Personal nur als Kostenfaktor und überlässt diese als Spielball der Politik“, meint der AGO-Obmann.

Verdroß verweist darauf, dass derzeit Gemeindebedienstete z.T. als Köchinnen und z.T. als Raumpflegerinnen in den Schulen tätig sind. „Wie soll dieses Anstellungsverhältnis geregelt werden? Sollen sie und können sie überhaupt zwei Herren dienen? Sollen Sie als Koch der Gemeinde und als Reinigungskraft dem Land dienen? Oder verlieren sie sogar ei-

nen Teil ihrer Arbeit, ihres Lohnes? Oder für welche Arbeit müssen sie sich entscheiden?“ fragt sich Verdroß.

„Weder die Ängste, Vorbehalte, Fragen, Vorurteile noch Zweifel der Bediensteten scheinen die Verantwortlichen zu interessieren, welche beim Wechsel des Arbeitgebers entstehen könnten“ meint der Gewerkschafter und verlangt vom Gemeindenverband eine klare Stellungnahme und droht auch schon mit eventuellen Maßnahmen.

Der Leitungsausschuss der AGO weist darauf hin, dass beim Übergang des Gemeindepersonals an das Land, die AGO-Mitglieder sich von der Landesgewerkschaft GS in Zukunft betreuen lassen können, welche, wie die AGO, Gründungsmitglied des Gewerkschaftsbundes SAG ist.

AGO-Landessekretariat
gez. Robert Holzer

SHERIFF BUSH LÄSST DIE SCHURKEN INS DUNKEL WEGREITEN

Ein Beitrag von Greg Palast der „Internationalen des Öffentlichen Dienstes“

An einem heißen Donnerstagnachmittag Mitte August gingen die Lichter - und die Klimaanlage, Ventilatoren, Kühlschränke und Gefriertruhen - im Nordosten der Vereinigten Staaten und Teilen Kanadas aus. Es war der bisher größte Stromausfall der Geschichte.



Wer hat das Licht abgeschaltet?

Anscheinend begannen die Stromschwankungen beim Unternehmen First Energy in Ohio, das als Modell für den Film China Syndrome gedient hat. Als nächstes versagte das Unternehmen in Pennsylvanien. Das sind die gleichen Leute, die den Kernreaktor von Three Mile Island zum Schmelzen brachten. Ein dritter Spieler in dieser schwarzen Komödie

ist die Niagara-Mohawk Power Corp, die in den achtziger Jahren dabei ertappt wurde, wie sie die Kosten und technischen Unterlagen des Kernkraftwerks Nine Mile Point manipulierte.

Es wird zuviel darüber spekuliert, welches der drei Unternehmen den Blackout auslöste. Die mit Stockoptionen gemästen Direktoren haben dafür zu sorgen, dass sich Stromausfälle nicht ausbreiten, nicht jedoch, dass sich Schuldzuweisungen und Entschuldigungen ausbreiten.

Letztlich lassen sich die Ursachen dieses Blackouts - und der kommenden - auf die ‚trüben Birnen‘ im Weißen Haus zurückführen. Als die Lichter ausgingen, meinte Spenser Abraham, der Energieminister des Präsidenten: „Wir müssen die Energieregulierungskommission dazu ermächtigen, die Einhaltung von Verlässlichkeitsstandards zu erzwingen.“ Das kann doch nicht der gleiche Spenser Abraham sein, der als Senator die ABSCHAFFUNG des nunmehr von ihm geleiteten Ministeriums forderte und frohgemut für die „Deregulierung“ des Elektrizitätssystems stimmte! Oder doch?

Kein Verbrechen mehr

Wir sind wie die Opfer von Raubüberfällen, denen die Polizei nach der Tat sagt: „Das ist kein Verbrechen mehr“. Denn Deregulierung ist genau das: die Entkriminalisierung der Angriffe von Privatunternehmen auf öffentliche Dienste.

Früher war das ein Verbrechen. Ich weiß das aus persönlicher Erfahrung, denn in den achtziger Jahren habe ich für die

Regulierer des Bundes die Vorwürfe untersucht, die sich gegen die drei nunmehr für den Stromausfall verantwortlichen Unternehmen richteten und die sich von Inkompetenz bis zu Erpressung erstreckten. Doch heute brauchen sie das nicht mehr zu befürchten. Nicht weil Elektrizitätsunternehmen ihr Vorgehen geändert haben, sondern weil sie die Gesetze geändert haben. Deregulierung der Elektrizitätsindustrie, die im Jahre 1992 von George Bush (dem Ersten) per Gesetz beschlossen wurde, bedeutet, dass das, was früher gegen die Regeln war oder sogar gegen das Strafrecht verstieß, jetzt völlig in Ordnung ist.

Der Begriff „Deregulierung“ ist heute sehr in Mode, doch die ihn benutzen, haben keine Ahnung, was das in den Kraftwerken bedeutet. Ich befasse mich nachstehend mit vier Punkten: Entkriminalisierung der Preiserhöhungen, Entkriminalisierung der Kürzungen der Dienstleistungen, Entkriminalisierung von Abrechnungsbetrug und Entkriminalisierung der Zahlungen an Politiker.

Freier Markt für Politiker

Entkriminalisierung der Zahlungen an Politiker: Ich beginne mit dem letzten Punkt, dem Eckpfeiler des ganzen Schwindels. Vor zwanzig Jahren wurde ein Unternehmen von Southern Company der schweren Straftat überführt, in Florida Wahlkampfspenden zu leisten. Gemäß dem Public Utility Holding Company Act aus dem Jahre 1933, einem Erbe

von Franklin Roosevelt, durfte kein großer Energiekonzern auch nur einen Cent an einen Politiker vergeben - kein „hartes“ Geld, kein „weiches“ Geld, kein Geld, PUNKT.

Heute verdienen sich die Schmiergeldzahler eine Einladung zu einem Barbecue auf der Ranch des Präsidenten. Das Gesetz war voller Schlupflöcher und wurde kaum noch beachtet. Enron, das 1985 gegründete Unternehmen, wurde als erstes auf dem freien Markt für Politiker aktiv. Das Unternehmen in Houston wurde zum wichtigsten Wahlkampfspender für George W. Bush, es folgten Exxon...und die ehemalige Betrugsfirma Southern Company.

Lüge per Gesetz

Die Entkriminalisierung der Preiserhöhungen: In der „schlechten alten Zeit“ vor der Deregulierung legte die Regierung den Strompreis fest. Das war eine einfache Formel. Die Unternehmen konnten ihre Kosten decken und darüber hinaus einen begrenzten Gewinn erzielen. Wer mehr berechnete, landete im Gefängnis. Doch dann hat das kalifornische Parlament, das mit Wahlkampfspenden gut geschmiert war, den Deckel von den Preisen gehoben und diesen statt dessen eine Lüge aufgesetzt.

Die Lüge fand Eingang in die Präambel des Gesetzes, dass ein freier Strommarkt die Stromrechnungen für Privathaushalte um 20% senken würde.

1999 habe ich mir die Stromrechnung meiner Eltern in San Diego angesehen. In

nur einem Jahr war der Strompreis um 327% gestiegen. Der freie Strommarkt war - und ist - wie ein Spiel im Kasino, wo der Gewinner schon vorher feststeht. Diverse Manipulationen der Energieunternehmen haben die Verbraucher in Kalifornien im Jahre 2000 6,2 Milliarden \$ gekostet.

Es ist dokumentiert, wie drei Unternehmen in den letzten drei Monaten des Jahres den Markt täglich mit falschen Stromangeboten verschlossen haben. Doch in unserem schönen neuen deregulierten bzw. entkriminalisierten System hat die Energiekommission des Ministers Abraham Kalifornien mitgeteilt, dass die Verbraucher keinen Cent zurück-erhalten.

Bis zur letzten Schraube

Die Entkriminalisierung der Kürzungen der Dienstleistungen. Im Jahre 1989 habe ich an einer Untersuchung über Betrugsmanöver von Energieunternehmen teilgenommen. Diese Unternehmen hatten fiktive Rechnungen in Höhe von 61 Millionen \$ für Ersatzteile ausgestellt, die gar nicht verwendet wurden. Bevor das wilde Streben zum freien Markt die Regeln hinwegfegte, mussten private Versorgungsunternehmen genaue Budgets vorlegen - wieviel sie ausgaben und wie, bis hin zu der Anzahl von Schrauben. Damals gab es keine Stromausfälle.

Aus und vorbei. Nach der Deregulierung des Bundes und der Einzelstaaten hat Niagara-Mohawk Power seine Belegschaft in den letzten beiden Jahren um 800

Personen gekürzt und fast 90 Millionen \$ eingestrichen, dem Steuerzahler von den neuen britischen Eigentümern weggenommene Beute. Statt dass diesen neuen internationalen Energiepiraten eingeheizt wird, werden sie noch wegen ihrer Leistungsfähigkeit gelobt.

Die Entkriminalisierung von Abrechnungsbetrug. Bei der Untersuchung im Jahre 1989 haben wir den Versorgungsunternehmen ein Buch über Abrechnungssysteme („Uniform System of Accounts“) vorgelegt, das präzise Vorschriften enthielt. Ein Untersuchungsgericht stand kurz davor, gegen die Unternehmen Klage zu erheben, doch gemäß den Bestimmungen der Bundesgesetze über Betrug griff das Justizministerium unter Bush Vater ein und ließ die Anklage nicht zu.

Lasst sie noch mehr zur Ader

Jetzt hat die Bush-Regierung ein Heilmittel für die von der Deregulierung verursachten Missstände gefunden: noch mehr Deregulierung. Sie verhält sich nach den Worten des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Joe Stiglitz, wie Ärzte im Mittelalter: wenn der Aderlass den Patienten nicht geheilt hat, lasst ihn noch mehr zur Ader.

Erwartet keine Antworten von den Leuten, die uns ins Mittelalter zurückgeführt haben, sondern von denen, die dafür gesorgt haben, dass die Lichter anblieben. Das Licht im Greenport und Rockville Center in New York flackerte nur kurz, ging jedoch nicht aus. Beide sind öffentliche Stromsysteme. Als die Leitungen

von Niagara-Mohawk tot waren, blieben die des benachbarten öffentlichen Systems NYPA völlig intakt. Der erste große Betreiber, der wieder in Betrieb war, war die Long Island Power Authority - das öffentliche System, das an die Stelle der Long Island Lighting Company getreten war. Die LILCO hatte ihre Konzession verloren, als die Wähler von ihrer rein profitorientierten Inkompetenz genug hatten.

Deregulierung und Entkriminalisierung haben unsere Lichter ausgehen lassen. Sehr geehrter Herr Präsident, es ist Zeit für etwas Recht und Ordnung - auch wenn das Handschellen für Ihre Spender auf der Ranch bedeutet.

Greg Palast ist Verfasser des Bestsellers Shame on You (erschieden unter diesem englischen Titel bei DVA, 2003) und des Buches Democracy and Regulation (mit J. Oppenheim und T. MacGregor, Vereinte Nationen 2003).

„Heute will die Bush-Regierung ihre Freunde in der Versorgungsindustrie mit einem schlechten Energiegesetz und durch die Investition von Milliarden in die ‚Modernisierung‘ des Stromversorgungsnetzes weiter subventionieren. Sicher ist nur, dass jeder Cent dieses Geldes verschwendet sein wird.“

Blackout von Harvey Wasserman, Verfasser von The last energy war, Znet, 19/8/03

Was Gewerkschaften dazu sagen:

„Mit einem einzigen dramatischen Streich hat der Blackout den Strom von

50 Millionen Menschen in Nordamerika abgeschaltet und eine Debatte über die Zukunft des Stromes und darüber eingeschaltet, wem dieser gehören und wer diesen kontrollieren sollte - staatliche oder private Unternehmen.“

Blackout illuminates fatal flaws of privatised deregulated power, www.nupge.ca, 19/8/03

„Deregulierte Versorgungsunternehmen nutzen defekte Drähte, Masten, Transformatoren und Elektrizitätswerke so lange bei, bis sie zusammenbrechen.“

Donald Wightman, Vorsitzender der Utility Workers Union of America

„Wie der Enron-Skandal, die kalifornische Stromkrise von 2001 und der Blackout im Nordosten der USA im Jahre 2003 zeigen, benötigen wir eine stärkere Aufsicht von öffentlichen Versorgungsunternehmen und nicht eine geringere. Die Stromversorgung ist eine öffentliche Notwendigkeit, nicht nur eine Annehmlichkeit, und sie sollte gewährleistet sein - erst recht in einem Zeitalter der Terroranschläge. Unser Land kann es sich nicht leisten, die Kontrolle von lebenswichtigen öffentlichen Diensten an den Privatsektor zu vergeben, der von weltweiten Konglomeraten beherrscht wird, deren Zusammenschlüsse und Aufkäufe des letzten Jahrzehnts ein rücksichtsloses Streben nach Wohlstand der wenigen auf Kosten der allgemeinen Öffentlichkeit demonstrieren.“

*Donald Wightman, Vorsitzender der
Utility Workers Union of America*

*Blackout illuminates fatal flaws of
privatised deregulated power,
www.cupe.ca, 25/8/03*

„Diese radikalen Marktexperimente sind bereits zuvor in Regionen wie Kalifornien und Alberta erprobt worden, und das Ergebnis ist stets das gleiche: steil ansteigende Preise, Versorgungsmängel, Blackouts und hohe Preisobergrenzen, wodurch private Energieerzeuger auf Kosten der Öffentlichkeit subventioniert werden.“

„Es ist an der Zeit, ideologisch motivierte Experimente mit einer so lebenswichtigen Ressource und Dienstleistung zu beenden, wie es der Strom ist.“

*Blackout illuminates fatal flaws of
privatised deregulated power,
www.cupe.ca, 25/8/03*

Gute Gründe bei der AGO zu sein Geld sparen mit der AGO!

In Zeiten des Teuro helfen wir Ihnen mit Preisvorteilen Ihren Geldbeutel zu entlasten und erhöhten Preisen entgegenzuwirken. Nutzen Sie die Ermäßigungen der Firmen, welche eine Konvention mit der AGO abgeschlossen haben. Es lohnt sich!

Folgende Beispiele sollen zeigen, wie Sie mit uns Geld sparen können:

Beispiel 1:

Kauf von Wochenlinsen beim Optiker - Jahresausgabe ca. 200 € - 15% = 170 €

Ersparnis = 30,00 €

Beispiel 2:

Kauf von Bekleidung - Kauf im Wert von ca. 300 € - 10% = 270 €

Ersparnis = 30,00 €

Beispiel 3:

Kauf von vier Autoreifen im Wert von 300 Euro - 40% = 180 €

Ersparnis = 120,00 €

Beispiel 4:

Erstellen des Mod. 730 - AGO-Mitglieder zahlen 15,00 €;

Bei anderen Patronaten ca. 70 €

Ersparnis = 55,00 €

Beispiel 5:

Mitgliedsbeitrag: Im Verhältnis zu anderen Gewerkschaften berechnet die AGO nur 0,4% auf die Bruttoentlohnungen (ohne Zulagen).

z.B. Bedienstete/r VI. F.E. untere Besoldungsstufe zahlt monatlich 6,77 €

Andere Gewerkschaften 0,7% = 11,85

monatliche Ersparnis 5,08

= jährliche Ersparnis ca. 66,00 €

Schauen Sie sich die Konventionen mit den Firmen an und überlegen Sie persönlich, wie viel Geld Sie sich bei den nächsten anstehenden Einkäufen ersparen, wenn Sie auf beiliegende Angebote zurückgreifen würden.

Zögern Sie nicht, und unterstützen Sie unsere Aktionen mit der AGO-Mitgliedschaft - auch nur auf Probe, bis Ende des Jahres 2004.

Für die AGO
Christian Pixner

Familiengeld 01.07.2004 - 30.06.2005

Ab 1. Juli 2004 sind die Einkommensstufen für die Berechnung des Familiengeldes für Familien mit und ohne Kinder aufgewertet worden. Hier die Voraussetzungen zur Erlangung des Familiengeldes:

Im Sinne des Art. 2, c. 12, des G.D. 69/88, umgewandelt in das Ges. 153/88, werden die Einkommensstufen alljährlich mit Wirksamkeit ab 1. Juli jeden Jahres in der Höhe der vom ISTAT errechneten Teuerungsrate aufgewertet.

Die vom ISTAT erhobene Erhöhung des Preisindex zwischen 2002 und 2003 beträgt 2,5%. Aufgrund dessen wurden die Einkommensstufen des Vorjahres um den erwähnten Index erhöht!

Hier die neuen Familiengelder:

